

N i e d e r s c h r i f t

über die 32. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 2. Juli 2020 im Haus der Vereine in Okriftel

I. Anwesend:

die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung:

Stadtverordnetenvorsteher Günter Tannenberger

Stadtverordneter Thomas Abicht
Stadtverordnete Kornelia Ahr-Wiehe
Stadtverordneter Selim Balcioglu
Stadtverordnete Hedwig Bender
Stadtverordneter Mesut Cetin
Stadtverordneter Ralf Depke
Stadtverordneter Andreas Endler
Stadtverordneter Manfred Göttlicher
Stadtverordneter Stefan Häb
Stadtverordnete Melanie Jürgens-Schumacher
Stadtverordneter Dr. Marek Meyer
Stadtverordneter Michael Minnert
Stadtverordneter Dietrich Muth
Stadtverordneter Gerhard Neudert
Stadtverordneter Matthias Oha
Stadtverordneter Winfried Pohl
Stadtverordneter Georg Reuter
Stadtverordnete Ilona Spengler
Stadtverordnete Christiane Spengler

die Magistratsmitglieder:

Bürgermeister Klaus Schindling
Erster Stadtrat Karl Heinz Spengler
Stadträtin Ellen Beutel
Stadtrat Wolfgang Deul
Stadträtin Margarethe Schmitt-Reinhart
Stadträtin Ingrid Unger

vom Ausländerbeirat:

Herr Engin Türkel

von der Verwaltung:

Melani Radovic, stellv. Schriftführerin
Simon Bär
Ingrid Englert
Wolfgang Molzberger
Stefan Käck
Werner Schaffhauser

Vor Eingang in die Tagesordnung begrüßt Herr Stadtverordnetenvorsteher Günter Tannenberger die Anwesenden. Er informiert das Parlament und die Besucher*innen über die Gremienarbeit des Magistrats und des Stadtverordnetenpräsidiums während der Corona Pandemie sowie das heutige Sitzungsverfahren im Pairing Verfahren. Weiter informiert der Stadtverordnetenvorsteher über die Hygienevorschriften für die heutige Sitzung.

- II. Nachfragen von Herrn Thomas Seifert zu einem Klimaschutzkonzept in Hattersheim am Main beantwortet der Bürgermeister.

Weitere Nachfragen von Frau Regine Kaiser zu einer Umgehungsstraße in Okriftel beantwortet ebenfalls Herr Bürgermeister Klaus Schindling.

Der Stadtverordnetenvorsteher Günter Tannenberger eröffnet um 19:50 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Auf die Einladung vom 17. Juni 2020 unter Angabe der Tagesordnung wird verwiesen. Er weist auf den Austausch der Anlagen zur Drucksache Nr. 733 und den Austausch der Drucksache Nr. 734 hin.

Herr Tannenberger informiert die Anwesenden über den Tod des Stadtverordneten Frank Feierbach und des Ehrenstadtrats Manfred Sauer. Es folgt eine Gedenkminute.

- III. Der Stadtverordnetenvorsteher stellt weiterhin fest, dass die Niederschrift über die 31. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 6. Februar 2020 allen Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung zugegangen ist. Einwendungen werden nicht erhoben, die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

Die Tagesordnung wird wie folgt behandelt:

Punkt 1

Fragen zur Fragestunde

Es liegen keine Fragen zur Fragestunde vor.

Punkt 2

Mitteilungen

- a) Herr Bürgermeister Klaus Schindling berichtet über die ereignisreiche Zeit und die Herausforderungen während der Corona Pandemie sowie die getroffenen Vorkehrungen und Schutzmaßnahmen im Stadtgebiet.

Weiter informiert Herr Schindling über die eingegangenen Lockerungen und die von der Bundes- und Landesregierung verkündeten Änderungen bzw. Lockerungen der Maßnahmen. Insbesondere informiert Herr Schindling über die Öffnung des Freibades Hattersheim und die getroffenen Schutzmaßnahmen sowie über die Situation in den städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen.

- b) Der Bürgermeister informiert über den Zuschuss des Bundes in Höhe von 1,2 Mio. € sowie die Zuwendung des Kreisinvestitionsfonds in Höhe von 372.000 € für die Sanierungsarbeiten des Sportparks Hattersheim am Main.
- c) Der Erste Stadtrat informiert über die Auszeichnungsfeier Fairtrade Town, über die Neueinstellungen von Fachkräften und Ausbildungsplätzen in den städtischen Kindertagesstätten sowie den eingeschränkten Betrieb in den städtischen Kindertagesstätten im Rahmen der Vorgaben zur Corona Pandemie (siehe Anlage).
- d) Der Stadtverordnetenvorsteher verliest eine persönliche Erklärung von den Stadtverordneten Willi Franz Torka und Adrian Torka.

Punkt 3

Vorlage des Magistrats

betreffend Aufstellung des Bebauungsplans Nr. N 110

„Dritte Grundschule am Südring“ hier: Beschluss über die Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (1) BauGB, der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB sowie der Nachbarkommunen gem. § 2 (2) BauGB.

- DR. Nr. 713 -

Herr Bürgermeister Klaus Schindling erläutert die Vorlage des Magistrats.

An der Aussprache hierzu beteiligen sich die Stadtverordneten Abicht, Dr. Meyer, Pohl und der Bürgermeister.

Sodann wird bei Zustimmung von CDU, FWG, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Ablehnung von SPD mehrheitlich wie folgt beschlossen:

„Im Bauleitplanverfahren Nr. N 110 „Dritte Grundschule am Südring“ wird die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB, der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB sowie der Nachbarkommunen gem. § 2 (2) BauGB durchgeführt.“

Punkt 4

Vorlage des Magistrats

betreffend Aufstellung des Bebauungsplans Nr. N 114 „Kastengrund“

hier: 1. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. N 114

„Kastengrund“ gemäß § 2 (1) BauGB

2. Beschluss über die Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (1) BauGB, sowie die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB sowie der Nachbarkommunen gemäß § 2 (2) BauGB

3. Antrag auf Änderung des Regionalen Flächennutzungsplanes 2010

4. Antrag auf Abweichung vom Regionalplan Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplan 2010 gemäß § 6 (2) ROG i. V. m. § 8 (2) HLPG

- DR. Nr. 725 -

Auch diese Vorlage wird durch den Bürgermeister erläutert.

Zu der Vorlage äußern sich Herr Dr. Meyer, Herr Pohl, Herr Muth, Herr Minnert, Herr Endler und der Bürgermeister.

Danach wird mehrheitlich, bei Zustimmung von CDU, SPD, FDP, FWG, und des Stadtverordneten Depke (WPH) sowie Ablehnung von Bündnis 90/Die Grünen, wie folgt beschlossen:

„1.) Für den aus dem beigefügten Plan ersichtlichen Geltungsbereich wird die Aufstellung des qualifizierten Bebauungsplanes Nr. N 114 „Kastengrund“ beschlossen.

2.) Im Bauleitplanverfahren Nr. N 114 „Kastengrund“ wird die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB sowie die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB sowie der Nachbarkommunen gemäß § 2 (2) BauGB durchgeführt.

3.) Die teilbereichsbezogene Änderung des Regionalplans Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplanes 2010 (RPS/RegFNP 2010) für den räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. N 114 „Kastengrund“ wird beantragt.

4.) Für die Abweichung vom gültigen Regionalplan Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplan 2010 (RPS/RegFNP 2010) wird gemäß § 6 (2) ROG i. V. m. § 8 (2) HLPG bei der oberen Landesplanungsbehörde die Einleitung eines Zielabweichungsverfahrens beantragt.“

Punkt 5

Vorlage des Magistrats

betreffend der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. N 117

„Freizeitplatz am Schwarzbachuferweg“ im Stadtteil Hattersheim

hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 (1) BauGB

- DR. Nr. 726 -

Der Bürgermeister erläutert die eingebrachte Vorlage.

Herr Abicht äußert sich kurz hierzu.

Sodann wird mehrheitlich, bei Zustimmung von CDU, SPD, FDP, FWG, und des Stadtverordneten Depke (WPH) sowie Ablehnung von Bündnis 90/Die Grünen, wie folgt beschlossen:

„Für den aus dem beigefügten Plan ersichtlichen Geltungsbereich wird die Aufstellung des Bebauungsplanes mit der Bezeichnung Nr. N 117 „Freizeitplatz am Schwarzbachuferweg“ beschlossen.“

Punkt 6

Vorlage des Magistrats

betreffend Aufstellung des Bebauungsplans Nr. N 112

„Bahnhofsumfeld Eddersheim“ im Stadtteil Eddersheim

hier: Beschluss einer Veränderungssperre gemäß § 14 i.V.m. §§ 16, 17 BauGB

- DR. Nr. 727 -

Herr Schindling begründet die Vorlage des Magistrats kurz.

An der Aussprache hierzu beteiligen sich Herr Oha, Herr Dr. Meyer und Herr Bürgermeister Schindling.

Sodann wird einstimmig wie folgt beschlossen:

„Der beigefügte Entwurf einer Satzung über eine Veränderungssperre wird als Satzung beschlossen.“

Punkt 7**Vorlage des Magistrats****betreffend Aufstellung des Bebauungsplans Nr. N 111****„Erweiterung Gewerbegebiet südlich der Voltastraße“**

hier: Beschluss über die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB, der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB sowie der Nachbarkommunen gemäß § 2 (2) BauGB

- DR. Nr. 728 -

Auch diese Drucksache wird durch Herrn Bürgermeister Schindling begründet.

Herr Dr. Meyer äußert sich kurz dazu.

Sodann wird mehrheitlich, bei Zustimmung von CDU, SPD, FDP, FWG, und des Stadtverordneten Depke (WPH) sowie Ablehnung von Bündnis 90/Die Grünen, wie folgt beschlossen:

1. *„Die Zusammenfassung der frühzeitigen Beteiligung wird zur Kenntnis genommen.*
2. *Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. N 111 „Erweiterung Gewerbegebiet südlich der Voltastraße“ wird zur Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB offengelegt. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 (2) BauGB sowie die Nachbarkommunen gem. § 2 (2) BauGB zu beteiligen.“*

Punkt 8**Vorlage des Magistrats****betreffend Ergebnisbericht Unternehmensbefragung 2019/2020**

- DR. Nr. 729 -

Diese Drucksache wird in den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.

Punkt 9**Vorlage des Magistrats****betreffend Neuwahl von Ortsgerichtsmitgliedern des Ortsgerichts Hattersheim I (Stadtteil Hattersheim)**

- DR. Nr. 730 -

Ohne Aussprache wird einstimmig wie folgt beschlossen:

„Für das Ortsgericht Hattersheim am Main I (Stadtteil Hattersheim) wird

- zum Ortsgerichtsvorsteher Herr Ulrich Edgar Löffelholz, Grabenstraße 15,*
- zum stellvertretenden Ortsgerichtsvorsteher Herr Heinz-Theodor Kamp, Schillerring 27 b, gewählt.“*

Punkt 10
Vorlage des Magistrats
betreffend Übernahme einer Ausfallbürgschaft für die
Hattersheimer Wohnungsbaugesellschaft mbH
- DR. Nr. 731 -

Ohne Aussprache wird einstimmig wie folgt beschlossen:

„Der Übernahme einer Ausfallbürgschaft von 6.050.000 € für die Hattersheimer Wohnungsbaugesellschaft mbH wird zugestimmt. Das Darlehen soll zu folgenden Konditionen aufgenommen werden:

Zinssatz: bis zu 1 % p. a.
Zinsfestschreibung: bis zu 20 Jahre
Tilgung: bis zu 3 % p. a. zuzüglich der durch die Tilgung ersparten Zinsen
Auszahlung: 100 %“

Punkt 11
Vorlage des Magistrats
betreffend Grundstücksverträge
- DR. Nr. 732 -

Herr Bürgermeister Schindling erläutert die eingebrachte Drucksache. Er erläutert, dass der aktuelle Bodenrichtwert für landwirtschaftliche Flächen für die Gemarkung Okriftel 4,50 €/m² und der Ankaufspreis für die Stadt Hattersheim am Main ca. 4,10 €/m² beträgt.

Sodann wird einstimmig wie folgt beschlossen.

„Der Ausübung des gesetzlichen Vorkaufsrechts gemäß § 24 BauGB, für von dem Notar Karl-Heinz Brogt beurkundeten Grundstücksvertrag UR-Nr. 127/2020, wird zugestimmt.“

Punkt 12
Vorlage des Magistrats
betreffend Neufassung der Satzungen zu den Kindertageseinrichtungen der
Stadt Hattersheim am Main
- DR. Nr. 733 -

Der Erste Stadtrat Karl Heinz Spengler erläutert die Drucksache.

An der Aussprache zu der Drucksache beteiligen sich Herr Balcioglu, Frau Bender, Herr Endler, Herr Dr. Meyer, der Erste Stadtrat und Herr Bürgermeister Schindling.

Herr Balcioglu und Herr Dr. Meyer beantragen für die SPD Fraktion eine getrennte Abstimmung der Punkte 1 und 2.

Der Antrag wird mehrheitlich, bei Zustimmung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und Ablehnung von CDU, FWG, FDP und des Stadtverordneten Ralf Depke, abgelehnt.

Die Drucksache wird sodann mehrheitlich, bei Zustimmung von CDU, FWG, FDP sowie des Stadtverordneten Ralf Depke mit Ablehnung von Bündnis 90/Die Grünen und Enthaltung der SPD, wie folgt beschlossen:

1. *„Die beigefügte Neufassung der Satzung über die Benutzung der Tages-einrichtungen für Kinder der Stadt Hattersheim am Main mit der Anlage 1 wird beschlossen.*
2. *Die damit verbundene Kostenbeitragsatzung zur Satzung über die Benutzung der Tageseinrichtungen für Kinder der Stadt Hattersheim am Main mit der Anlage 2 wird beschlossen.“*

Punkt 13

Vorlage des Magistrats

betreffend Erhebung von Kostenbeiträgen für die Kinderbetreuung während des Betretungsverbot der Schulen und Kitas aufgrund der COVID 19 Pandemie, entsprechend der gemeinsamen Vereinbarung der Städte und Gemeinden im Main-Taunus-Kreis - DR. Nr. 734 -

Herr Bürgermeister Klaus Schindling erläutert die Drucksache.

An der kurzen Aussprache hierzu beteiligen sich Herr Minnert und Herr Balcioglu.

Sodann wird einstimmig wie folgt beschlossen:

1. *„Der Magistrat wird sich über den Hessischen Städtetag sowie den Städte- und Gemeindebund dafür einsetzen, dass die Verhandlungen der kommunalen Spitzenverbände mit der Hessischen Landesregierung mit dem Ziel einer landesweit einheitlichen Regelung herbeigeführt werden, um die Eltern nachhaltig zu entlasten und auf die zunächst nicht eingezogenen Beiträge gänzlich zu verzichten.*
2. *Die Kostenbeiträge sowie das Essensgeld der städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen für die Monate April und Mai 2020 werden zunächst nicht eingezogen. Von den Leistungsempfängern werden ab Juni 2020 wieder Kostenbeiträge und Essensgeld erhoben.*
3. *Diese Regelung gilt auch für Familien, deren Kinder berechtigt sind eine Notbetreuung in Anspruch zu nehmen und von diesem Angebot auch Gebrauch machen. Mit dieser Maßnahme sollen insbesondere die Eltern mit Berufen entlastet werden, die in dieser Zeit besondere berufliche Herausforderungen zu bewältigen haben.*
4. *Die Freistellung der Eltern von den Kostenbeiträgen und den Kosten für die Verpflegung (Dauer und Höhe) wird zu gegebener Zeit durch die Stadtverordnetenversammlung entschieden.“*

Punkt 14
Antrag der SPD-Fraktion
betreffend Onlinezugangsgesetz
- DR. Nr. 718 -

Herr Dr. Meyer begründet den Antrag seiner Fraktion.

Der Stadtverordnete Minnert äußert sich kurz hierzu.

Der Antrag wird dann einstimmig wie folgt beschlossen:

„Das Onlinezugangsgesetz (OZG) schreibt vor, dass Verwaltungsleistungen bis zum Jahr 2022 auch elektronisch über Verwaltungsportale angeboten werden müssen.

Der Magistrat wird aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung über den Stand der Umsetzung der Vorgaben des OZG in Hattersheim zu berichtet.

Dabei sollen insbesondere folgende Fragen berücksichtigt werden:

- *Welche Verwaltungsleistungen der Stadt sind vom OZG betroffen?*
- *Wie ist Sachstand der Umsetzung?*
- *Bis wann ist nach heutigem Planungsstand, mit der vollständigen Umsetzung zu rechnen?“*

Punkt 15
Bericht des Magistrats
betreffend Umschuldung eines Kredites
- DR. Nr. 735 -

Der Bericht wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Punkt 16
Bericht des Magistrats
betreffend Prolongation von zwei Krediten
- DR. Nr. 736 -

Der Bericht wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Der Stadtverordnetenvorsteher schließt um 22:15 Uhr die Sitzung.

Hattersheim am Main, 6. Juli 2020



Günter Tannenberger
Stadtverordnetenvorsteher

Melani Radovic
stellv. Schriftführerin